

DIE WELTWOCHEN

Riskante Machtspiele

Die Bürokraten und Politiker der EU sind primär an ihrer Macht interessiert. Um diese zu erhalten, nehmen sie auch eine Abschwächung der Wirtschaft in Kauf.

Kurt Schiltknecht

Internationale Organisationen wie die OECD, der Internationale Währungsfonds (IWF) oder die Weltbank haben eines gemeinsam: Die meisten sind überflüssig, und alle beurteilen den Brexit negativ. Überflüssig sind sie, weil die Aufgaben, für deren Lösung sie gegründet wurden, sich erledigt haben. Den Brexit verurteilen die internationalen Bürokraten, weil zum ersten Mal ein wichtiges Land die Zweifel an der Nützlichkeit einer internationalen Organisation mit einem Austritt verbunden hat. Wenn noch mehr Länder diesen Schritt gehen würden, wäre dies der Anfang vom Ende einiger internationaler Organisationen.

Bisher haben es die obsolet gewordenen internationalen Organisationen immer wieder geschafft, sich neue Aufgaben zuzuschaffen und den Anschein zu erwecken, dass sie zur Lösung der weltwirtschaftlichen Probleme unabdingbar seien. Beispielsweise hat sich der IWF nach dem Ausbruch der Bankenkrise die Hilflosigkeit vieler Regierungen zunutze gemacht und sich als Garant der internationalen Finanzmarktstabilität aufzuspielen begonnen.

Die OECD andererseits gefällt sich seit einigen Jahren in der Rolle des Steuerpapstes. Die Aktivitäten der obsoleten internationalen Organisationen lassen den Eindruck aufkommen, dass diese sich in erster Linie für die Interessen der Regierungen der USA und der EU starkmachen. Solange diese eine vernünftige Wirtschaftspolitik verfolgten, war das für die kleineren Länder kein Problem. Doch das hat sich geändert.

Überflüssige Empfehlungen

Vor kurzem revidierte der IWF einmal mehr seine Prognose für das Wachstum der Weltwirtschaft nach unten. Die Revision wurde mit dem Brexit und dem zunehmenden Populismus begründet. Diese Argumente mögen einigen angeschlagenen Regierungen gefallen, überzeugend sind sie nicht. Der Populismus und die Stimmenverluste der etablierten Parteien sind nicht die Ursachen der Wirtschaftsschwäche, sondern deren Folgen. Die Unfähigkeit der Regierungen, die Schulden-, Banken- und Euro-Probleme acht Jahre nach dem Ausbruch der Krisen auch nur ansatzweise zu lösen, treibt die Wähler in die Hände von politischen Gruppierungen, deren Lösungsansätze auch nicht wesentlich besser sind. Doch deshalb den zunehmenden Populismus als Grund für die schlechteren Konjunkturaussichten anzugeben, zielt daneben.

Bei der Beurteilung des Brexit geht der IWF davon aus, dass die EU England den freien Zugang zum europäischen Binnenmarkt verwehren wird. Angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage in weiten Teilen der EU müsste diese eigentlich ein grosses Interesse haben, dass England weiterhin freien Zugang hat. Denn dies würde verhindern, dass sich der Handel zwischen der EU und England abschwächt. Da aber die Bürokraten und Politiker der EU wie eh und je primär an der Macht und nicht am wirtschaftlichen Erfolg ihrer Bürger interessiert sind, nehmen sie lieber eine Abschwächung der Wirtschaft in Kauf, als dass sie vom Prinzip des freien Personenverkehrs mit Nicht- EU-Ländern Abstand nehmen würden.

Kürzlich hat der IWF der Schweiz empfohlen, die Negativzinsen weiter zu erhöhen. Die Empfehlung basiert auf keinen soliden ökonomischen Grundlagen. Höhere Negativzinsen würden nur die Wirtschaft und den Finanzmarkt weiter destabilisieren. Denn je niedriger die Zinsen sind, umso grösser ist das Risiko, dass die Kapitalien unwirtschaftlich eingesetzt und riskante Kredite gewährt werden. Auf die nächste Bankenkrise müsste nicht lange gewartet werden.

Der IWF kritisiert im Zusammenhang mit den Aufwertungsproblemen der Schweiz weder die Europäische Zentralbank (EZB) noch das Federal Reserve Board, obwohl diese ihre Währungen mit ihrer exzessiven Ausweitung der Liquidität immer wieder künstlich abzuwerten versuchen. Das Ausbleiben von Kritik ist erstaunlich, denn der IWF wurde nicht zuletzt zur Verhinderung von kompetitiven Abwertungen gegründet. Es macht die Sache auch nicht besser, wenn der IWF den Ländern, die ihren Finanzhaushalt bisher einigermaßen in Ordnung halten konnten, zu einer expansiven Fiskalpolitik rät. Eine noch stärkere Ausweitung des öffentlichen Sektors ist Gift für das Wachstum.

Nicht nur solche Empfehlungen, auch die Institutionen von Bretton Woods sind überflüssig. Der IWF hat keine klar definierten Aufgaben, und die Weltbank erzielt keine Wirkung. Beide Institutionen vertreten heute so wie viele andere auch vor allem die Interessen der USA und der EU. Statt auf die Lösung der Probleme zu drängen, helfen sie mit, das monetäre und fiskalische Chaos in den USA und der EU zu verlängern.

#